



Baden-Württemberg
REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE
ABTEILUNG 5 - UMWELT

Protokoll

**zur Informationsveranstaltung des Regierungspräsidiums Karlsruhe
für die Bürgerinnen und Bürger von Dettenheim, Philippsburg und Germersheim,
sowie die interessierte Fachöffentlichkeit
zum Rückhalteraum Elisabethenwört
am 23. Juli 2014 in Dettenheim-Rußheim**

1. Begrüßung

Herr Bürgermeister Hillenbrand begrüßt Frau Regierungspräsidentin Kressl sowie die Vertreter des Regierungspräsidiums Karlsruhe auf dem Podium und die Teilnehmer der Veranstaltung.

Er weist in seinem Grußwort auf die Sorgen und Bedenken der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Rückhalteraum hin, die bereits die Voruntersuchungen bis 1992 begleitet haben und nun wieder aufkommen. Hierzu gehören insbesondere eine negative Veränderung der Grundwasserverhältnisse (Druckwasser), eine Verschlimmerung der Stechmückenplage, zu erwartende Belastungen durch Baustellenverkehr sowie der befürchtete immense Landverbrauch.

Er begrüßt die Ankündigung des Vorhabenträgers, die Betroffenen und die Öffentlichkeit bereits vor dem förmlichen Genehmigungsverfahren am Planungsprozess zu beteiligen und befürwortet dies vergleichbar zum „Polderbeirat“ beim Polder Rheinschanzinsel durchzuführen.

Er betont, dass der Schutz für die Menschen im Vordergrund stehen muss. Die Akzeptanz vor Ort könnte erhöht werden, wenn die südlichen Rückhalteräume im Integrierten Rheinprogramm zügig umgesetzt werden, die den Hochwasserschutz vor Ort verbessern.

Er wünscht der Veranstaltung und dem Verfahren einen guten Verlauf.

2. Der Rückhalteraum Elisabethenwört – Die Planung beginnt

Frau Regierungspräsidentin Kressl begrüßt die Anwesenden und dankt in ihrer Einleitung für das rege Interesse am Projekt. Sie äußert Verständnis für die im Vorfeld angekun-

nen Befürchtungen und unterstreicht die Bereitschaft zu einem offenen Dialog mit allen Beteiligten. Die Informationsveranstaltung soll ein Auftakt für diesen Prozess sein. Der Stadt Philippsburg wurde im Vorfeld bereits zugesichert, im Rahmen der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 30.09.2014 weiter über das Projekt zu informieren.

Frau Kressl weist darauf hin, dass der Hochwasserschutz eine gemeinschaftliche Herausforderung ist, die nur in gegenseitiger Solidarität gelingt und die Aktivitäten vieler unterschiedlicher Akteure am gesamten Oberrhein einschließt.

Frau Kressl geht auf die Hochwassergefahr am Rhein und auf die Grundlagen des Integrierten Rheinprogrammes (IRP) ein. Das IRP wurde 1988 von der Landesregierung beschlossen und bildet die Grundlage zur Wiederherstellung des international vertraglich vereinbarten 200-jährlichen Hochwasserschutzes am Oberrhein. Gleichzeitig verfolgt das IRP den Erhalt und die Renaturierung der Auelandschaft am Oberrhein.

Elisabethenwört ist einer der 13 Rückhalteräume des IRP. Für den Rückhalteraum Elisabethenwört wurden Anfang der 90er Jahre Voruntersuchungen und Vorplanungen durchgeführt. Dabei haben sich sechs mögliche Varianten ergeben. Als Möglichkeiten wurden sowohl eine ungesteuerte Lösung in Form einer Dammrückverlegung als auch eine gesteuerte Lösung in Form eines Polders jeweils als kleine, mittlere und große Variante untersucht. Diese sechs Varianten sollen jetzt im Zuge der Wiederaufnahme der Planungsarbeiten ergebnisoffen untersucht werden.

Über die Voruntersuchungen hinaus liegen noch keine detaillierten bzw. neueren Grundlagen vor. Daher können im Rahmen der Informationsveranstaltung noch keine planerischen Inhalte vorgestellt oder Fragen hierzu beantwortet werden.

Vielmehr wird beginnend mit dieser Veranstaltung ein früher Dialog gesucht und bereits vor Planungsbeginn der Startschuss für die aktive Einbindung der Öffentlichkeit in die weitere Projektentwicklung gegeben. Frau Kressl betont die besondere Chance der Bürgerbeteiligung bei diesem Projekt, bei dem im Austausch mit allen Partnern, den Kommunen, den Bürgerinnen und Bürgern, den Nutzern, Verbänden und Fachbehörden gemeinsam eine tragfähige Lösung entwickelt werden soll.

Die Beteiligung erfolgt damit noch frühzeitiger als z. B. beim benachbarten Polder Rhein-schanzinsel, bei dem im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens die Planung von einem Polderbeirat begleitet wurde. Diese transparente Vorgehensweise soll fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Frau Kressl informiert über den weiteren Ablauf des Abends mit Vorträgen zum Vorhaben sowie zur geplanten Öffentlichkeitsbeteiligung und der sich anschließenden aktiven Phase an den Informationstafeln sowie der Auswahl der interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt den Leiter des Planungsreferats, Herrn Kugele und den Projektleiter, Herrn Hübner vor, die im Anschluss die Vorträge zu TOP 3 halten werden, sowie den Leiter der Umweltabteilung im Regierungspräsidium, Herrn Wahl, der die Moderation durch die Veranstaltung übernimmt.

Sie dankt Herrn Bürgermeister Hillenbrand und den Vertretern der Gemeinde Dettenheim für die organisatorische Unterstützung und den Landfrauen für die freundliche Bewirtung.

3. Sachstand und Öffentlichkeitsbeteiligung

Herr Kugele erläutert die Hochwasserproblematik am Oberrhein sowie wesentliche Grundlagen des Integrierten Rheinprogramms und stellt den Sachstand zum Rückhalteraum Elisabethenwört mit den sechs Varianten aus der Voruntersuchung/Vorplanung von 1992 vor (s. Folien in Anlage, Anmerkung: wurden auf Projekthomepage eingestellt).

Der Rückhalteraum Elisabethenwört ist zur Erreichung des international vertraglich vereinbarten Hochwasserschutzziels am Oberrhein erforderlich.

Alle sechs Varianten aus der Voruntersuchung zum Rückhalteraum Elisabethenwört sind grundsätzlich geeignet das Hochwasserschutzziel zu erreichen. Die kleine Variante erfüllt dabei das Minimalziel. Der Planungsprozess wird daher auf der Grundlage dieser sechs Varianten wieder aufgenommen. Die Entscheidung, welche Lösung abschließend geplant und gebaut werden soll, erfolgt erst nach weiteren Untersuchungen und Planungen.

Herr Hübner stellt anschließend die Vorstellungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung vor (s. Folien in Anlage, Anmerkung: wurden auf Projekthomepage eingestellt).

Die jetzt anstehende frühe Öffentlichkeitsbeteiligung ist von der förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung im späteren Genehmigungsverfahren zu unterscheiden. Letztere ist weiterhin durchzuführen und formal maßgebend.

Ziele der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung sind die Information und das Einholen von Meinungen zum Vorhaben sowie die Beteiligung an der Lösungsfindung.

Art und Umfang der Beteiligung (z.B. Runder Tisch, Arbeitsgruppen, Projektbegleitkreis etc.) sollen im Rahmen des Beteiligunsscopings gemeinsam mit Vertretern der Kommunen, Verbände, Fachbehörden, Betroffenen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern in einem sogenannten Beteiligungs-Fahrplan festgelegt werden.

Hierzu soll im Herbst 2014 eine Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsbeteiligung aus oben genannten Vertretern auf der Grundlage einer Umfeldanalyse eingerichtet werden.

Die interessierten Bürgerinnen und Bürger für die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsbeteiligung werden im Rahmen der Veranstaltung ausgewählt und sind eingeladen, sich zu bewerben.

Voraussetzung ist, dass keine direkte Betroffenheit vom Planungsvorhaben besteht. „Direkt betroffen“ bedeutet in diesem Zusammenhang die Betroffenheit der Grundstückseigentümer und berechtigten Grundstücksnutzer innerhalb des Rückhalteraus.

Direkt Betroffene, Verbände und Träger öffentlicher Belange werden separat nach Durchführung der Umfeldanalyse eingebunden.

Herr Hübner erläutert das Losverfahren, bei dem drei Bürger/-innen je Kommune gewählt werden sollen. Bereits im Vorfeld bestand die Möglichkeit, sich per E-Mail zu bewerben. Im Saal liegen Zettel aus, mit denen Anwesende ihr Teilnahmeinteresse bekunden können. Die Auslosung der Bürger erfolgt im Anschluss an die aktive Phase (TOP 4).

Bei den zeitlichen Vorstellungen zum Projekt wird derzeit von einer Variantenentscheidung innerhalb von ca. vier Jahren und von der Fertigstellung der Genehmigungsplanung in den anschließenden zwei Jahren ausgegangen.

Fragen zu TOP 3

Im Anschluss an die Vorträge können Fragen im Plenum gestellt werden, die von den Vertretern auf dem Podium beantwortet werden. Die Fragerunde wird von Herrn Wahl als Moderator geleitet.

- Bürger aus Philippsburg-Rheinsheim:

Wie wird mit der Gefährdung der Häuser durch hohe Grundwasserstände umgegangen? Gilt man erst dann als betroffener Bürger, wenn der Keller schon voll ist?

A: Ein solches Projekt ist nur genehmigungsfähig, wenn damit keine Verschlechterung der bestehenden Grundwasserverhältnisse verbunden ist. Es ist definitiv davon auszugehen, dass - falls dies fachlich notwendig sein sollte - Grundwasserhaltungsmaßnahmen vorgesehen werden, um nasse Keller zu verhindern.

Für das Beteiligungsverfahren gilt zunächst als betroffener Bürger z. B. ein Grundstückseigentümer oder Landwirt, dessen Fläche teilweise oder ganz für den Rückhalteraum benötigt wird. Bürger, die aufgrund der Lage ihres Hauses hinter dem Deich Probleme mit hohen Grundwasserständen haben oder befürchten, können sich als interessierte Bürger bewerben, an der AG Öffentlichkeitsbeteiligung teilzunehmen. Eine solche Mitwirkung ist ausdrücklich erwünscht.

Ist dies ein Prestigeprojekt der grün-roten Landesregierung?

A: Das Projekt ist Teil des Integrierten Rheinprogrammes (IRP) mit den darin festgelegten 13 Rückhalteräumen, welches seit den 1980-er Jahren im Rahmen der Hochwasservereinbarungen mit den Nachbarländern von den Vorgängerregierungen beschlossen wurde. Es handelt sich somit nicht um ein Prestigeprojekt der grün-roten Landesregierung.

Kann man sich als erklärter Gegner des Projektes trotzdem als interessierter Bürger für die Teilnahme an der Öffentlichkeitsbeteiligung bewerben?

A: Dies ist selbstverständlich möglich.

- Bürger aus Philippsburg-Rheinsheim:

Wie viele Teilnehmer hat die AG Öffentlichkeitsbeteiligung?

A: Um eine handlungsfähige Arbeitsgruppe zu bilden, ist eine Teilnehmeranzahl von max. ca. 25 vorgesehen. Neben den vorgeschlagenen neun interessierten Bürgerinnen und Bürgern sollen auch Kommunen, Fachbehörden und Verbände vertreten sein. In dieser Arbeitsgruppe ist noch keine inhaltliche Diskussion über die Planung vorgesehen, sondern es soll die Organisation der späteren Öffentlichkeitsbeteiligung im Planungsprozess vorbereitet werden.

- Bürger aus Philippsburg-Rheinsheim:

Der Solidaritätsgedanke sollte nicht überstrapaziert werden, wenn einerseits auf einer Gemarkung zwei Rückhalteräume entstehen sollen und andererseits sieben weitere Rückhalteräume nicht vorankommen. Es sollten zunächst alle zwölf anderen IRP-Räume gebaut werden. Es sollte überprüft werden, ob der Rückhalteraum Elisabethenwört überhaupt erforderlich ist. Neben den sechs Varianten der Voruntersuchungen sollte daher eine 7. Variante untersucht werden, die den Verzicht auf den Bau des

Rückhalteraumes und stattdessen die Sanierung des Rheinhochwasserdammes XXXI beinhaltet, evtl. in Verbindung mit Entschädigungsvereinbarungen.

A: Die Anmerkungen werden aufgenommen.

- Bürger aus Dettenheim-Rußheim:

Es wird angeregt, bei der Auslosung der interessierten Bürgerinnen und Bürger für die AG Öffentlichkeitsbeteiligung auch Stellvertreter zu wählen, falls einzelne z. B. terminlich verhindert sind.

A: Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Wie wird sich die „Skyline“ insbesondere für Bewohner in Sichtweite des Deiches verändern, wenn Schöpfwerke erforderlich werden?

A: Falls Schöpfwerke erforderlich werden, wird das Ziel verfolgt, solche Bauwerke auch landschaftsgerecht auszugestalten. Das heißt, Aspekte des Landschaftsbildes werden in der Planung berücksichtigt.

- Bürger aus Philippsburg-Rheinsheim:

Befinden sich die per E-Mail eingereichten Bewerbungen für die AG Öffentlichkeitsbeteiligung in den Urnen für Auslosung?

A: Ja. Im Vorfeld sind 14 Bewerbungen per E-Mail eingegangen.

Können alle Unterlagen der Voruntersuchungen 1992 eingesehen werden bzw. werden diese ins Internet gestellt?

A: Der Abschlussbericht von 1992 wird samt zugehörigem Anlagenband als Zusammenfassung auf der Homepage des RP Karlsruhe eingestellt und kann dort frei abgerufen werden. Weitere Unterlagen der damaligen Untersuchungen sind nicht digitalisiert und werden bei Bedarf im Rahmen der anstehenden Arbeiten aufbereitet und bereitgestellt.

- Bürgerin aus Hochstetten:

Es sollen nicht nur Männer an der AG Öffentlichkeitsbeteiligung teilnehmen. Kann eine Mindestanzahl an Frauen festgelegt werden?

A: Da nicht bekannt ist, wie viele interessierte Bürgerinnen und Bürger sich bewerben, sollte zunächst der Losentscheid abgewartet werden. Frauen werden ermutigt, sich zu bewerben.

Kommt eine Polderlösung oder gar kein Rückhalteraum?

A: Die Polderfrage ist im Rahmen des späteren Planungsprozesses und der dafür vorzubereitenden Öffentlichkeitsbeteiligung zu untersuchen.

- Vertreter der BUND-Regionalgeschäftsstelle Mittlerer Oberrhein:

Der Teilnehmer äußert Verwunderung, dass in den Vorträgen zum Projekt Aspekte der befürchteten Grundwasserprobleme sowie der (Auen-)Ökologie nicht angesprochen wurden und Naturschutzbehörden nicht auf dem Podium vertreten sind. Er appelliert, die Ängste der Bürger ernst zu nehmen und mehr Informationen beizufügen.

A: Das Ziel der heutigen Informationsveranstaltung besteht darin, über den anstehenden Start der Planung zu informieren, den offenen Dialog hierüber einzuleiten und den weiteren Beteiligungsprozess zu organisieren.

Vertreter der höheren Naturschutzbehörde beim RP Karlsruhe sind im Publikum vertreten und werden ebenso wie andere Träger öffentlicher Belange in den Prozess eingebunden.

Die inhaltliche Diskussion kann erst in den nächsten Schritten erfolgen.

- Vertreter der Paddelfreunde Huttenheim e.V.:

Was wird aus dem Bootshaus des Kanuvereins, wenn der Rückhalteraum kommt?

A: Aussagen hierzu sind erst im Laufe der Planung möglich. Die Einbindung des Vereins in den Beteiligungsprozess liegt aufgrund der Betroffenheit nahe und ist in der AG Öffentlichkeitsbeteiligung abzustimmen.

- Vertreter des Freiburger Arbeitskreises Wasser:

Der Teilnehmer berichtet, dass die Kommunen am südlichen Oberrhein (z.B. Breisach) etwas für den Schutz der Unterlieger machen und appelliert an die Solidarität zwischen Unter- und Oberliegern. Er regt einen Informations- und Erfahrungsaustausch an, mit gegenseitigen Besuchen von verschiedenen Gemeinden.

A: Die Anregung wird begrüßt. Es können z. B. gemeinsame Exkursionsfahrten zu bereits fertigen Rückhalteräumen organisiert werden, bei denen sich Gemeinderatsmitglieder und Bürger über die Erfahrungen vor Ort informieren und austauschen können. Auch eine Kooperation mit Rheinland-Pfalz ist hier denkbar.

- Herr Bürgermeister Stefan Martus, Stadt Philippsburg:

Zu Beginn sollte zunächst überprüft werden, ob die Ziele des IRP unter den heutigen Bedingungen noch Bestand haben oder ggf. Anpassungen erforderlich sind. So haben sich z.B. die Hochwasserverhältnisse am Pegel Maxau verändert (schnellere Hochwasser). Solche Aspekte sind zu berücksichtigen.

Neben den Rheinanliegern haben auch die „Hinterlieger“ (Anlieger an unterstromigen Rheinzufüssen) Einfluss auf die Hochwassersituation am Rhein. Auch diese sollten beteiligt werden.

A: Die Anmerkungen werden aufgenommen.

Herr Wahl beendet die Fragerunde und erläutert die anschließende aktive Phase.

4. Aktive Phase

Information und Erläuterungen zum IRP und zum Planungsstand Elisabethenwört 1992 an Stellwänden

Sammeln von Fragen und Anregungen

Im Rahmen der aktiven Phase können sich die Teilnehmer an Informationstafeln über das Projekt informieren und ihre Fragen und Anregungen mit Vertretern des Regierungspräsidiums diskutieren. Ferner besteht die Möglichkeit, Fragen und Anregungen auf ausliegenden Karteikarten zu notieren. Die zusammenfassende Darstellung inklusive der nachträg-

lich per E-Mail bis zum 8. August 2014 eingegangenen Rückmeldungen wird anonymisiert auf der Projekthomepage im Internet veröffentlicht. (Anmerkung: wurden auf Projekthomepage eingestellt)

Auswahl interessierter Bürgerinnen und Bürger zur Projektbegleitung im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung

Parallel sind interessierte Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ihre Bewerbung für die Beteiligung an der AG Öffentlichkeitsbeteiligung in die bereitstehenden Wahlurnen für die drei Kommunen einzuwerfen.

Das Losverfahren zum Abschluss der aktiven Phase leitet Frau Regierungspräsidentin Kressl. Da keine Bewerbungen aus Germersheim eingereicht wurden, wird in Abstimmung mit dem Ersten Beigeordneten der Stadt, Herrn König, beschlossen, für die drei vorgesehenen Plätze stattdessen jeweils einen zusätzlichen Bürger/-in von Philippsburg und Dettenheim auszuwählen. Die Auslosung erfolgt durch die Bürgermeister von Philippsburg und Dettenheim. Es werden für beide Gemeinden jeweils vier Bürger/-innen zzgl. jeweils drei Stellvertreter/-innen ausgewählt. Insgesamt werden vier Bürgerinnen bei dem Losverfahren gezogen, eine Mindestanzahl an Frauen ist damit gewährleistet.

Den ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern wird eine Mappe mit Informationsmaterial zum Integrierten Rheinprogramm überreicht.

5. Resümee und Schlusswort

Frau Kressl dankt den Anwesenden für das große Interesse, die rege Beteiligung und Diskussion, insbesondere auch in der aktiven Phase sowie die konstruktive Atmosphäre der Veranstaltung. Damit wird die Grundlage für eine weitere gute Zusammenarbeit gelegt. Sie sagt zu, sich bei wichtigen Terminen und Entscheidungen persönlich weiter im Projekt einzubringen.

gez. Silke Tänzel

gez. Ralf Hübner

Anlage:

Folien zu Vorträgen „Sachstand“ und „Öffentlichkeitsbeteiligung“